

WAHRHEIT, KLARHEIT ERNEUERUNG

Den rbb-Skandal unabhängig aufarbeiten

Positionspapier von Kai Wegner, Landes- und Fraktionsvorsitzender der CDU Berlin

Berlin, 27. August 2022

Ein unabhängiger, objektiver, ausgewogener und journalistisch sorgfältiger öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist ein wichtiger Faktor für den demokratischen Diskurs. Damit die Krise beim rbb nicht zu einer systemischen Krise des gesamten öffentlich-rechtlichen Rundfunks wird, muss die Aufklärung der Vorgänge im rbb unabhängig, schonungslos und lückenlos erfolgen. Die Öffentlichkeit hat einen Anspruch auf maximale Transparenz. Sie erwartet zurecht Wahrheit, Klarheit und Erneuerung.

Weil das Vertrauen in die internen Führungs- und Kontrollgremien des rbb erschüttert ist, muss eine Untersuchung der Vorgänge unabhängig und extern stattfinden. Bei der Aufklärung darf es keine Zweifel an der Integrität geben. Deshalb schlage ich vor, zur Aufklärung der Vorgänge im rbb eine unabhängige Kontroll- und Ermittlungsgruppe zu beauftragen. Der Verwaltungsrat muss hierzu ein interdisziplinäres Gremium von fünf bis maximal acht Personen einsetzen. Zu der Gruppe muss unter anderem ein Governance- und Complianceexperte zählen, zudem eine über Parteigrenzen angesehene politische Persönlichkeit, die nicht mehr im aktiven Politikbetrieb tätig ist, sowie eine Person mit umfassenden Medien- und Journalismuskennntnissen.

Die Kontroll- und Ermittlungsgruppe muss mit Sonderbefugnissen ausgestattet werden und frei in der Wahl ihrer Methoden sein. Die Untersuchung muss unter Beachtung der Anforderungen aus Rundfunkfreiheit, Forensic Investigation, Compliance und Datenschutz durchgeführt werden. Für eine umfassende Aufklärung wird die Untersuchung mindestens zwei Monate in Anspruch nehmen. Das Gremium berichtet direkt an den Verwaltungsrat und wird seine Erkenntnisse auch der Öffentlichkeit vollständig vorlegen. Aufgrund des großen öffentlichen Interesses kann ein Zwischenbericht bereits zu einem früheren Zeitpunkt vorgelegt werden. Der Abschlussbericht muss zum einen die in Rede stehenden Vorgänge vollständig und nachvollziehbar aufklären. Zum anderen muss der Bericht

Handlungsempfehlungen enthalten, um über strukturelle und prozessuale Veränderungen eine Wiederholung solcher Vorgänge für die Zukunft auszuschließen.

Der rbb befindet sich in einer tiefen strukturellen Krise. Der Vorgänge, die zur fristlosen Kündigung der Intendantin Patricia Schlesinger führten, dürfen nicht zur Folge haben, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk weiteren Schaden nimmt. Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben einen Anspruch auf eine lückenlose Aufklärung, denn die mutmaßliche Bereicherung von einigen Wenigen ging auch auf ihre Kosten. Vor allem aber müssen die Beitragszahler wieder sicher sein können, dass jeder Cent ihrer Gebühren für ein gutes, informatives und inhaltlich wertvolles Programm ausgegeben wird. Das ist entscheidend für die Zukunft der öffentlich-rechtlichen Sender in Deutschland.